

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Swantje Hartmann (CDU), eingegangen am 11.08.2010

Wie steht es um die Entwicklung des Links- und Rechtsextremismus' in Delmenhorst?

Am 23. Juni 2010 berichtete die lokale Presse in Delmenhorst von einem Vortrag des Abgeordneten Limburg (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) in Delmenhorst, in dem dieser davor warnte, Delmenhorst könne zukünftige NPD-Größen hervorbringen, und bemerkte, die Spitze der niedersächsischen Jungen Nationaldemokraten halte sich in Delmenhorst auf.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchen Formen sind Links- und Rechtsextremismus in der Vergangenheit im Raum Delmenhorst aufgetreten?
2. Wie viele links- bzw. rechtsextremistische Straftaten wurden 2009 in Delmenhorst verzeichnet? Welche Delikte wurden dabei erfüllt?
3. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Landesregierung im links- sowie im rechtsextremen Spektrum in Delmenhorst tätig?
4. Welche politischen Parteien und welche Gruppierungen werden dem extremistischen Spektrum in Delmenhorst zugerechnet? Welche werden vom niedersächsischen Verfassungsschutz überwacht?
5. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Entwicklung des politischen Extremismus im Raum Delmenhorst ein?
6. Hat die Landesregierung Erkenntnisse, dass sich Delmenhorst zu einer „Hochburg“ des politischen Extremismus entwickeln könnte?
7. Wie bewertet die Landesregierung die nach Presseberichten von Bürgern beabsichtigte Gründung einer „neutralen Untersuchungskommission, die derlei Vorfälle parallel zur Polizei aufklären soll“ (vgl. *Weserkurier* vom 3. Juli 2010)?

(An die Staatskanzlei übersandt am 17.08.2010 - II/721 - 757)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 63.116-049-A-480010-20/10 -

Hannover, den 16.09.2010

Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Teil 1: Rechtsextremismus

Zu 1, 3 und 4:

Nach Erkenntnissen der Niedersächsischen Sicherheitsbehörden sind der örtlichen rechtsextremistischen Szene in Delmenhorst seit etwa einem Jahr ca. 15 Personen zuzurechnen, die in unterschiedlicher Zusammensetzung als Junge Nationaldemokraten (JN) Delmenhorst bzw. Aktionsgruppe (AG) Delmenhorst auch gemeinsam agieren.

Der JN-Stützpunkt Delmenhorst bildet den aktivsten der vier Stützpunkte in Niedersachsen. Der JN-Landesvorsitzende hat seinen Wohnsitz in Delmenhorst.

Neben der den Autonomen Nationalisten zuzurechnenden AG-Delmenhorst und dem JN-Stützpunkt existiert nach Erkenntnissen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes formell der NPD-Stützpunkt Delmenhorst, der jedoch außerhalb von Wahlkämpfen kaum Aktivitäten entwickelt. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte der dortige Direktkandidat 1,5 % der Erst- und 1,3 % der Zweitstimmen bzw. bei der Landtagswahl 2008 1,9 % der Erst- sowie 2,1 % der Zweitstimmen.

Bei den festgestellten Aktivitäten der aktionistisch ausgerichteten Szene handelt es sich um die Durchführung von bzw. Teilnahme an Kundgebungen, Flugblattverteilungen, Mahnwachen, Farbschmierereien, Kranzniederlegungen, überörtlichen Szeneveranstaltungen, Störungen von Veranstaltungen der linksextremistischen Szene, Übergriffen bzw. Gewalttätigkeiten gegen den politischen Gegner sowie einen regelmäßigen Internetauftritt.

So führte die JN Delmenhorst am 15. Januar 2010 vor dem Amtsgericht Wildeshausen anlässlich einer Gerichtsverhandlung gegen einen Aktivist der Autonomen Nationalisten und am 25. Februar 2010 aufgrund der Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Rathaus Delmenhorst Mahnwachen durch. Im Verlauf der Mahnwache vom 25. Februar 2010 wurde ein Lied der Hitlerjugend gesungen, woraufhin gegen 18 Personen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet wurden. Am 4. März 2010 versuchten zwei Mitglieder der rechtsextremistischen Szene in den Räumlichkeiten der Wanderausstellung Flugblätter zu verteilen und erhielten daraufhin Hausverbot. Vor dem Rathaus kam es anschließend zu Auseinandersetzungen mit vier linksextremistisch motivierten Personen.

Am 28. April 2010 versuchte ein bislang unbekannter Täter in Delmenhorst einen Reifen eines abgestellten PKW zu entzünden. Die Brandlegung wurde unmittelbar bemerkt, sodass das Feuer gelöscht werden konnte. Es entstand leichter Sachschaden an einer angrenzenden Hecke. Da der Sohn der Fahrzeugbesitzerin der örtlichen Antifa-Szene angehört und sie sich selbst an der lokalen „Initiative Eltern gegen Rechts“ beteiligt, geht die Polizei von einer politisch -rechts- motivierten Tat aus. Im Rahmen der sogenannten JN-Aktionswoche vom 8. bis 15. Mai 2010 erfolgten diverse Farbschmierereien und nahezu täglich Flugblattverteilungen zum Thema der Woche „Bundeswehr raus aus Afghanistan“. Am 3. Juni 2010 kam es beim Aufeinandertreffen von Angehörigen der rechtsextremistischen und autonomen Szene zu wechselseitigen gefährlichen Körperverletzungen unter Einsatz von Latten, Pfefferspray und Glasflaschen.

Zu 2:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde im Jahr 2001 bundesweit ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen.

Straftaten werden demnach dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechtszugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind. Dies trifft insbesondere auf Delikte zu, bei denen Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Die extremistische Kriminalität bildet einen Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität ab und umfasst Straftaten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität aufgrund der vereinbarten Erfassungsvorgaben eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergan-

gene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen.

Im Jahr 2009 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land die nachfolgenden extremistischen Straftaten aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- registriert (Stand 31. Januar 2010).

Deliktgruppe	Anzahl
Körperverletzung	8
Landfriedensbruch	1
Nötigung, Bedrohung	5
Propagandadelikte	51
Sachbeschädigung	14
Volksverhetzung	5
Gesamt	84

Zu 5 und 6:

Nach Erkenntnissen der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde haben sich seit dem Zuzug des derzeitigen JN-Landesvorsitzenden innerhalb der rechtsextremistischen Szene Delmenhorsts gefestigte Strukturen gebildet, die zu vermehrten Aktivitäten dieser Klientel geführt haben. Ein weiterer Ausbau der Strukturen bis hin zu einer „Hochburg“ des Rechtsextremismus ist derzeit nicht zu erwarten, da es im Raum Delmenhorst an dem hierfür erforderlichen Personenpotenzial mangelt.

Teil 2: Linksextremismus

Zu 1, 3 und 4:

Mit der Partei DIE LINKE., der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) existieren in Niedersachsen drei Parteien, die linksextremistische Bestrebungen verfolgen. Während die MLPD in Delmenhorst keine Strukturen aufweist, bestehen in Delmenhorst Kreisverbände der Partei DIE LINKE. und der DKP sowie eine Ortsgruppe der von der DKP als parteinahe Jugendorganisation betrachteten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ).

Als linksextremistische Gruppierung existiert in Delmenhorst seit dem Jahr 2006 die dem autonomen Spektrum zuzurechnende Antifa Delmenhorst. Anlass für diese Entwicklung war u. a. der geplante Erwerb des Hotels am Stadtpark in Delmenhorst durch den zwischenzeitlich verstorbenen Rechtsextremisten Jürgen Rieger aus Hamburg. In diesem Zusammenhang ist zudem die ebenfalls dem autonomen Spektrum zuzurechnende Gruppe [R]AID (Regionale Antifa in Delmenhorst) in Erscheinung getreten. Politisch fundierte Verlautbarungen der Gruppe, die im August 2008 ihre Selbstaflösung verkündet hat, sind allerdings nicht bekannt geworden. Angehörige der Gruppe sind jedoch nach Einschätzung der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde auch nach ihrer Auflösungserklärung weiterhin aktiv.

Die Partei DIE LINKE. und die DKP, einschließlich der SDAJ, sowie die Antifa Delmenhorst als Teil der „Gewaltbereiten Autonomen“ werden vom niedersächsischen Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt geführt.

Der autonomen Szene in Delmenhorst werden ca. 20 Personen zugerechnet. Erkenntnisse zu den Mitgliederzahlen der Kreisverbände bzw. Ortsgruppe Delmenhorst der Partei DIE LINKE. und der DKP sowie der SDAJ liegen nicht vor.

Die linksextremistische Szene in Delmenhorst ist in der Vergangenheit durch die Organisation von bzw. Teilnahme an Szenekundgebungen, durch die Durchführung von Protestveranstaltungen gegen Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene einschließlich Übergriffen bzw. Gewalttätigkeiten und Sachbeschädigungen gegen den politischen Gegner sowie durch sogenannte Outingaktionen gegen örtliche Rechtsextremisten in Erscheinung getreten. Darüber hinaus unterhalten die Parteien DIE LINKE. und die DKP sowie die Antifa Delmenhorst eigene Internetseiten. Bei der Bundestags-

wahl 2009 erreichte die Partei DIE LINKE. 8,6 % der Erst- und 10 % der Zweitstimmen bzw. bei der Landtagswahl 2008 8,9 % der Erst- sowie 10,2 % der Zweitstimmen.

Am 25. Februar 2010 unterstützte die Antifa Delmenhorst eine nicht angemeldete Demonstration gegen die Mahnwache der JN Delmenhorst im Zusammenhang mit der Eröffnung der Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Delmenhorst. Am 28. April 2010 fand unter dem Motto: „Naziterror stoppen!“ eine weitere „antifaschistische Demonstration“ statt.

Neben diversen Sachbeschädigungen, u. a. an Pkws und einer Wohnung, deren Halter bzw. Nutzer dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen sind, kam es in der Zeit vom 9. bis 11. Oktober 2009 zu „Outingaktionen“ der autonomen Szene gegen Angehörige der regionalen rechtsextremistischen Szene.

Zu 2:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurde im Jahr 2001 bundesweit ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen.

Dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -links- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Die extremistische Kriminalität bildet einen Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität ab und umfasst Straftaten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten.

Niedersachsen gewährleistet hinsichtlich der Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität aufgrund der vereinbarten Erfassungsvorgaben eine ständige Aktualität, auch für bereits zurückliegende Zeiträume. Ergebnisse aus Ermittlungsverfahren oder Gerichtsurteilen finden auch für vergangene Jahre Berücksichtigung in der Statistik. Dies führt dazu, dass Änderungen bzw. Nacherfassungen notwendig werden, welche die Vergleichbarkeit von Daten insbesondere in Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflussen. Die Zahlen unterliegen demzufolge teilweise starken Veränderungen.

Im Jahr 2009 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land die nachfolgenden extremistischen Straftaten aus dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität - links- registriert (Stand 31. Januar 2010).

Deliktgruppe	Anzahl
Körperverletzung	4
Landfriedensbruch	0
Nötigung, Bedrohung	1
Propagandadelikte	0
Sachbeschädigung	12
Volkshetze	0
Gesamt	17

Zu 5 und 6:

Es liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass sich Delmenhorst zu einer „Hochburg“ des politischen Linksextremismus entwickeln könnte.

Die autonome Szene in Delmenhorst verfügt über weit reichende Kontakte zu verschiedenen autonomen Gruppierungen im nordwestlichen Niedersachsen. Insbesondere bestehen aufgrund der räumlichen Nähe Kontakte nach Oldenburg und Bremen. Aktuell kann davon ausgegangen werden, dass die Szene versuchen wird, diese Kontakte zu intensivieren. Der Grund hierfür dürften die seit dem letzten Jahr deutlich zunehmenden wechselseitigen Konfrontationen zwischen Angehörigen des links- und rechtsextremistischen Spektrums im Bereich Delmenhorst sein, die auch in Zukunft anhalten können.

Zu 7:

Am 3. Juli 2010 berichteten der *Weser Kurier*, das *Delmenhorster Kreisblatt*, der *Delmenhorster Kurier* und die *Nordwest Zeitung*, dass das lokale Delmenhorster Bürgerbündnis „Nazis raus aus unserer Stadt“ aufgrund von Vorkommnissen wie am 3. Juni 2010 (s. a. Antwort der Landesregierung vom 5. August 2010 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann „Neonazistische Aktivitäten im Raum Delmenhorst“ Drs. 16/2715) eine „neutrale Untersuchungskommission“ gegründet hat bzw. einen „Untersuchungsausschuss“ gründen will. Die Kommission bzw. der Ausschuss soll laut den zum Teil unterschiedlichen Berichterstattungen nach derlei Vorfällen aktiv werden, Fakten zusammentragen bzw. parallel zur Polizei ermitteln oder aufklären.

Auf der Homepage des Bürgerbündnisses „Nazis raus aus unserer Stadt“ befindet sich diesbezüglich die nachfolgende Information: „Das Bündnis hat ein ständiges Bürgerkomitee gegründet, das mit etwa 8 bis 10 Personen besetzt sein wird. Dieses Komitee, das den Charakter eines Untersuchungsausschusses hat, tritt jedes Mal in Aktion, wenn Übergriffe von Neonazis stattgefunden haben. Die Berichte des Komitees werden anschließend veröffentlicht. Über die personelle Besetzung des Komitees wird in den nächsten 2 bis 3 Wochen entschieden.“

Kenntnisse über ein tatsächliches Tätigwerden dieses angestrebten „Untersuchungsausschusses“ liegen der Landesregierung bislang nicht vor. Unabhängig von der etwaigen personellen Besetzung dieses Gremiums muss allerdings davon ausgegangen werden, dass diese öffentlichkeitswirksam u. a. von Mitgliedern der Partei Die Linke. gegen Übergriffe von Rechtsextremisten initiierte Einrichtung keine ausgewogenen Ergebnisse erbringen wird. Eine (freiwillige) Aussagebereitschaft von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene bei dieser Stelle dürfte nahezu auszuschließen sein.

Anders als privat organisierte Zusammenschlüsse haben Staatsanwaltschaft und Polizei die gesetzliche Verpflichtung, im Rahmen ihrer Ermittlungen alle be- und entlastenden Erkenntnisse zu erheben und zu bewerten und hierbei Neutralität zu wahren. Dazu stehen den Strafverfolgungsbehörden umfassende Möglichkeiten zur Verfügung. So liefern z. B. die Möglichkeiten der Spurensicherung und kriminaltechnischen Untersuchungen unverzichtbare Sachbeweise zur Wahrheitsfindung.

Zu einer parallelen Ermittlungstätigkeit besteht insofern kein Bedarf.

Uwe Schünemann